

Bayerische Krankenhausgesellschaft kritisiert Vorgehen des AOK-Bundesverbandes

Krankenhäuser wehren sich gegen pauschale Vorwürfe

Zum Krankenhaus-Report und den Meldungen der AOK über Behandlungsfehler in den Kliniken reagierte die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) mit scharfer Kritik am AOK-Bundesverband. „Das Thema ist zu ernst, um so hemdsärmelig und sensationslüstern damit umzugehen. Das Vorgehen des AOK-Bundesverbandes ist unverantwortlich“ sagte BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein.

Behandlungsfehler, auch solche mit Todesfolge, kämen in den Krankenhäusern vor. Das sei leider Realität und es gebe auch Handlungsbedarf, stellte Hasenbein klar, deshalb sei „jede zielgerichtete Maßnahme, dies zu verhindern, zu begrüßen“. Die BKG weist darauf hin, dass die Zahlen, mit denen der AOK-Bundesverband an die Öffentlichkeit ging, völlig spekulativ seien und einer Grundlage entbehren. „Eine acht Jahre alte internationale Studie als Basis zu nehmen und auf die aktuellen Behandlungszahlen in Deutschland hochzurechnen, wird dem Thema in keiner Weise gerecht“, kritisiert Hasenbein.

Die Krankenhäuser hätten in den letzten Jahren eine Fülle von Projekten und Vorkehrungen umgesetzt. Checklisten, Zählkontrollen und Time-out-Regeln im OP, Morbiditätskonferenzen, Berichtssysteme und ausgefeiltes Risikomanagement seien nur einige Beispiele davon. „Dies alles zu ignorieren und auf einer veralteten Basis einfach plakativ auf 19.000 Tote im Jahr hochzurechnen, ist unglaublich“ empört sich Hasenbein.

Als Hohn bezeichnet es Hasenbein, wenn der AOK-Bundesvorsitzende Uwe Deh vor der Presse erklärt, man müsse künftig gemeinsam Anstrengungen unternehmen, um die Qualität zu verbessern. „Obwohl die letzte Bundesregierung mit einem Hygieneförderprogramm sogar eine gesetzliche Grundlage vorgab, müssen sich die Krankenhäuser derzeit jeden Euro für die Fortbildung und die Einstellung von zusätzlichen Hygienefachkräften mühsam bei den Krankenkassen erkämpfen“, berichtet der BKG-Geschäftsführer. Qualität, mehr Zeit und mehr Personal müsse auch ausreichend finanziert werden.

Doch der AOK gehe es genau um das Gegenteil: „Man will Druck auf die Politik machen, um Änderungen in der Krankenhauslandschaft und der Vergütung und damit eine Reduzierung der Ausgaben zu erreichen. Man nimmt mit so einem Vorgehen in Kauf, dass Millionen Patienten verunsichert werden“, kritisiert Hasenbein, „dieses hochsensible Thema müsse seriös und ernsthaft diskutiert werden.“

(Pressemitteilung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft vom 22.01.2014)